

# Deutschland 1871

Herausgegeben von  
Ulrich Pfister, Jan-Otmar Hesse,  
Mark Spoerer und Nikolaus Wolf

*Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften  
im 21. Jahrhundert 6*

---

**Mohr Siebeck**

# Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften im 21. Jahrhundert

Herausgegeben von

Nils Goldschmidt, Jan-Otmar Hesse und Boris Holzer

6





# Deutschland 1871

Die Nationalstaatsbildung  
und der Weg in die moderne Wirtschaft

Herausgegeben von

Ulrich Pfister, Jan-Otmar Hesse,  
Mark Spoerer und Nikolaus Wolf

Mohr Siebeck

*Ulrich Pfister* ist Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Münster.  
orcid.org/0000-0001-7489-7509

*Jan-Otmar Hesse* ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Bayreuth.  
orcid.org/0000-0002-5754-4637

*Mark Spoerer* ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Regensburg.  
orcid.org/0000-0002-5549-6512

*Nikolaus Wolf* ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt Universität zu Berlin.  
orcid.org/0000-0002-7461-2910

ISBN 978-3-16-159644-5 / eISBN 978-3-16-160068-5  
DOI 10.1628/978-3-16-160068-5

ISSN 2569-457X / eISSN 2569-4588  
(Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften im 21. Jahrhundert)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Minion gesetzt, von Hubert und Co. in Göttingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

## Vorwort

Der vorliegende Aufsatzband geht auf eine Initiative des Wirtschaftshistorischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik zurück, aus Anlass des 150. Jahrestags der Gründung des Deutschen Reichs im Januar 1871 den Forschungsstand zu den wirtschaftlichen Aspekten der Gründung des ersten deutschen Nationalstaats zusammenzutragen. Ein Treffen der Autorinnen und Autoren, das für das Voranbringen dieses Vorhabens von essentieller Bedeutung war, fand am 2.–4. März 2020 in Heidelberg statt. Unser herzlicher Dank gebührt der Fritz Thyssen Stiftung für die Förderung dieses Treffens und dem Heidelberg Center for American Studies für die Gastfreundschaft. Die Herausgeber danken darüber hinaus Magdalena Daller und Maria Seigner für die sorgfältige Vorbereitung der Manuskripte für die Drucklegung.



# Inhalt

Vorwort .....	V
<i>Ulrich Pfister, Jan-Otmar Hesse, Mark Spoerer und Nikolaus Wolf</i> Einleitung .....	1
 I. Nationalstaatsbildung und Wirtschaftspolitik	
<i>Felix Kersting und Nikolaus Wolf</i> Nationale Identität, wirtschaftliche Integration und Preußens Aufstieg ...	23
<i>Alfred Reckendrees</i> Zwischenstaatliche Kooperation und institutionelle Integration vor der Gründung des Kaiserreichs .....	49
<i>Gerold Ambrosius</i> Politisch-administratives System, Föderalismus und Marktlenkung in den 1870er und 1880er Jahren .....	71
 II. Die Nationalstaatsgründung als Zäsur?	
<i>Ulrich Pfister</i> Die 1870er Jahre als Strukturbruch der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands .....	97
<i>Mark Spoerer</i> Fiskalregime, <i>nation building</i> und <i>state capacity</i> . Welche Wechselwirkungen gab es zwischen öffentlichen Finanzen, Reichsgründung und wirtschaftlicher Entwicklung? .....	119
<i>Sebastian Braun und Jan-Otmar Hesse</i> Nationalstaatsgründung und Marktintegration. Die Bedeutung von Post, Telegraphie und Eisenbahn .....	137

*Michael C. Schneider*

Alte und neue Fähigkeiten der Selbstbeschreibung.  
Der Aufbau einer nationalen Statistik . . . . . 159

*Matthias Morys*

Goldstandard und Reichsbank. Der Wandel des monetären Regimes . . . . . 179

*Alexander Donges und Jochen Streb*

Die Harmonisierung des deutschen Patentrechts und deren  
Auswirkungen auf technischen Fortschritt und Wettbewerb . . . . . 199

*Carsten Burhop und Felix Selgert*

Börsen und Banken zur Zeit der Gründerkrise . . . . . 223

### III. Wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Wandel im nationalstaatlichen Rahmen

*Eva-Maria Roelevink und Dieter Ziegler*

Wie organisiert war der Kapitalismus im Kaiserreich?  
Verbände, Kartelle und personelle Verflechtungen . . . . . 245

*Tobias A. Jopp und Jochen Streb*

Die Einführung der Bismarckschen Sozialversicherung und ihre Folgen  
für die Arbeits- und Lebensverhältnisse . . . . . 267

*Thilo N. H. Albers und Charlotte Bartels*

Phasen und Triebkräfte der Ungleichheit in Deutschland  
von 1840 bis 1914 . . . . . 291

*Sascha O. Becker, Francesco Cinnirella und Erik Hornung*

Bildung, Entwicklung und Nationsbildung im 19. Jahrhundert . . . . . 313

*Wolf-Fabian Hungerland und Markus Lampe*

Globalisierung und Außenhandel . . . . . 335

### IV. Nationalstaat und wirtschaftliche Entwicklung im europäischen Kontext

*Jean-Pierre Dormois*

Politischer Regimewandel und protektionistische Wende.  
Frankreich und Deutschland im Vergleich (1860er–1890er Jahre) . . . . . 361

<i>Giovanni Federico</i> Wirtschaftliche Aspekte der italienischen Nationalstaatsbildung . . . . .	387
<i>Max-Stefan Schulze</i> <i>After exit.</i> Die Wirtschaft des Habsburgerreichs nach der Gründung des deutschen Reichs, 1870–1913 . . . . .	409
<i>Nicholas Crafts</i> Der relative Niedergang der britischen Wirtschaft, 1871–1913 . . . . .	431
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . .	453



# Einleitung

*Ulrich Pfister, Jan-Otmar Hesse,  
Mark Spoerer und Nikolaus Wolf*

## 1. Die Reichsgründung von 1871 als Epochenschwelle

Die Reichsgründung im Januar 1871 stellt ein zentrales Ereignis in der deutschen Geschichte dar, das erheblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der europäischen Geschichte hatte. Wünsche und Forderungen nach einer Nationalstaatsgründung waren erstmals im Lauf der Napoleonischen Kriege laut geworden und gewannen am Ende der 1850er Jahre erneut an Dynamik. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, der ein föderales Parlament und eine Bundesverfassung aufwies, aus der später die Reichsverfassung hervorging, formierte sich bereits 1866/67 in einem großen Teil Deutschlands ein Bundesstaat.<sup>1</sup> Die Nationalstaatsbildung war mit der Reichsgründung indes noch keineswegs abgeschlossen. Erst in den frühen 1880er Jahren hatten sich bundesstaatliche Entscheidungsroutrinen etabliert, die sich wesentlich auf die Reichsregierung und den Reichstag stützten, aber über ein Geflecht von formellen und informellen Institutionen zahlreiche weitere Akteure – darunter die Reichsämtler, die Gliedstaaten, die Parteien und zahlreiche Interessengruppen – einbezogen. Außerdem traten die Hansestädte Hamburg und Bremen erst 1888 dem Zollgebiet des Deutschen Reichs bei.<sup>2</sup>

In bemerkenswerter zeitlicher Parallele zur Nationalstaatsbildung der 1860er bis 1880er Jahre erfolgte ein grundlegender Strukturbruch der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Die von den 1810er Jahren bis etwa 1870 dauernde Strukturperiode lässt sich in Anlehnung an eine Variante der *unified growth theory* als postmalthusianische Ära bezeichnen:<sup>3</sup> Auf Pro-Kopf-Basis stellte sich nur sehr allmählich ein positives Wirtschaftswachstum ein, das durch Kräfte, die mit dem starken Bevölkerungswachstum zusammenhingen, getrieben wurde. Die wichtigsten damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge waren die Verbreitung neuer arbeitsintensiver landwirtschaftlicher Techniken sowie die Vertiefung von Marktintegration und interregionaler Arbeitsteilung.

---

<sup>1</sup> Übersichten zur Reichsgründung unter anderen bei Nipperdey (1983, S. 704–803, 1992, S. 11–84); Schulze (1985), Ullmann (1995, S. 14–22); Wehler (1994, S. 251–331).

<sup>2</sup> Vgl. Henrich-Franke (2018, S. 31–36); Beitrag von Ambrosius in diesem Band.

<sup>3</sup> Vgl. Galor/Weil (2000); Galor (2011).

Ab etwa 1880 trat dann Deutschland ins moderne Wirtschaftswachstum ein: Auf Pro-Kopf-Basis expandierte die reale Wirtschaftsleistung mehr oder weniger stetig mit etwa 1,5 Prozent pro Jahr und damit ähnlich rasch wie vom letzten Viertel des 20. Jahrhunderts bis heute. Unmittelbar resultierte dies daraus, dass um diese Zeit technischer Fortschritt sowie die kontinuierliche Verbesserung der Ausstattung der Arbeitskräfte mit Kapital und Humankapital zu wichtigen Wachstumstreibern wurden. Dementsprechend erfuhren insbesondere Branchen der sogenannten Zweiten Industriellen Revolution, die auf neue Technologien und Facharbeiter angewiesen waren – allen voran die chemische und die elektrotechnische Industrie sowie der Maschinenbau – in dieser Zeit ein starkes Wachstum. Der Bedeutungsgewinn des Humankapitals im Produktionsprozess stellte schließlich eine unter mehreren Ursachen dafür dar, dass Ehepaare die Anzahl ihrer Kinder zu vermindern begannen. Nicht unmittelbar, aber sehr wohl langfristig bewirkte dieser sogenannte erste Fruchtbarkeitsübergang eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, das bisher Verbesserungen der materiellen Wohlfahrt erschwert hatte.<sup>4</sup>

Das vorliegende Buch versammelt Beiträge ausgewiesener Expertinnen und Experten, die neuere wirtschaftshistorische Forschungen unter dem Blickwinkel dieser augenfälligen zeitlichen Parallele zwischen der Nationalstaatsbildung und dem Übergang von der postmalthusianischen Ära zum modernen Wirtschaftswachstum in Deutschland einordnen und in den europäischen Kontext einbetten. Mit diesem Blickwinkel problematisieren wir eine sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der Wirtschaftsgeschichte gängige Periodisierung nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen und globalen Geschichte. Nicht zuletzt die Öffnung für globalhistorische Ansätze lassen in den letzten Dekaden gängige Periodisierungsansätze der Geschichtswissenschaften, die ganz überwiegend aus der europäischen Geschichte abgeleitet wurden, in den Hintergrund treten.<sup>5</sup> Zugleich wird jedoch weiterhin auf Periodisierungen zurückgegriffen, wie derjenigen eines „langen 19. Jahrhunderts“ oder einer „ersten Globalisierung“, die von 1870 bis 1914 angesetzt wird, wie etwa in der *Cambridge Economic History of Modern Europe* von 2010. Jürgen Osterhammel nennt Periodisierung eine „ungeliebte Notwendigkeit“ und zitiert Krzysztof Pomian: „les périodisations servent à rendre les faits pensables“.<sup>6</sup> Gerade die wirtschaftshistorische Forschung lässt gemeinhin die moderne Wirtschaft, nicht nur Deutschlands, sondern Europas und der Welt um 1870 beginnen. Die Eröffnung des Suezkanals und der ersten transamerikanischen Eisenbahnverbindung (beides 1869) sowie die Verlegung des transatlantischen Telegraphenkabels (1866)

---

<sup>4</sup> Übersichten zur Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts unter anderen bei Burhop (2011); Tilly/Kopsidis (2020); zu den hervorgehobenen stilisierten Fakten s. den Beitrag von Pfister in diesem Band.

<sup>5</sup> Vgl. Lorenz (2017).

<sup>6</sup> Osterhammel (2006, S. 48); Pomian (1984, S. 162).

sind dabei als wichtige Ereignisse mit globalhistorischer Dimension zu nennen. Einflussreiche wirtschaftshistorische Narrative datieren wichtige Umbrüche im späten 19. Jahrhundert, wie die sog. Zweite Industrielle Revolution,<sup>7</sup> die Zweite Wirtschaftliche Revolution<sup>8</sup> oder der Übergang ins moderne Wirtschaftswachstum,<sup>9</sup> allerdings ohne Bezug auf die Nationalstaatsgründung. Dabei legt gerade der deutsche Fall die Frage nahe, welchen Einfluss ein grundlegendes politisches Ereignis wie die Nationalstaatsgründung auf die Tatsache hatte, dass das im Verhältnis zu seinen westlichen Nachbarn eher rückständige Deutschland nicht nur den Übergang zur Zweiten Industriellen Revolution etwa gleichzeitig mit ihnen vollziehen konnte und sie dann sogar mit den Vereinigten Staaten maßgeblich vorantrieb. Umgekehrt wäre zu klären, welche sozioökonomischen Entwicklungen und Entscheidungen zur Nationalstaatsgründung von 1871 beigetragen haben.

Das Buch bündelt Beiträge zu diesen beiden Fragen in vier große Teile. Der erste behandelt wirtschaftliche und vor allem wirtschaftspolitische Aspekte der Nationalstaatsbildung im Vorfeld der Reichsgründung. Im Vordergrund stehen die Anfänge der deutschen Nationalbewegung und die Interessen staatlicher Akteure im Verhältnis zu sozioökonomischen Triebkräften, die suprastaatliche Koordination der Wirtschaftspolitik seit der Gründung des Zollvereins sowie die Entstehung einer nationalen Wirtschaftspolitik im Zuge der Gründung des Norddeutschen Bundes beziehungsweise des Reichs. Die zweite Gruppe von Beiträgen untersucht die Nationalstaatsgründung als potenzielle Zäsur sowohl bezüglich der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung als auch mit Blick auf zentrale Felder der Wirtschaftspolitik, etwa der Fiskal- und Geldpolitik. Im dritten Teil liegt der Schwerpunkt auf wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen innerhalb des neuen nationalstaatlichen Rahmens, wie der Verflechtung von Unternehmen sowohl untereinander als auch (über die Bildung nationaler Verbände) mit der Politik, aber auch der zunehmenden Ungleichheit und der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung im Zuge der ersten Welle der modernen Globalisierung. Die im vierten Teil versammelten Beiträge wechseln die Perspektive und betrachten die Reichsgründung von außen, nämlich im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn. Dabei entsteht das Panorama einer wachsenden wirtschaftlichen Dynamik in der Mitte Europas, die begleitet war von enormen inneren Spannungen, aber auch von zunehmender politischer Gestaltungskraft.

---

<sup>7</sup> Stellvertretend vgl. Mokyr (1998).

<sup>8</sup> Vgl. North (1988).

<sup>9</sup> Aus Sicht der *unified growth theory* nochmals Galor (2011, Kap. 2).

## 2. Wirtschaftliche Hintergründe der deutschen Nationalstaatsbildung

Zur Erklärung des Zusammenwirkens von wirtschaftlicher und politischer Integration bei der Nationalstaatsgründung finden sich in der Forschung verschiedene Ansätze. Ein erster Ansatz, um aus wirtschaftshistorischer Sicht die Epochenschwelle von 1870/71 zu problematisieren, besteht in der Analyse der wirtschaftlichen Triebkräfte der nationalen Einigung. Im deutschen Fall baute die Gründung des ersten Nationalstaats auf einer vorhergehenden überstaatlichen Integration der einzelnen deutschen Länder auf, vor allem im Rahmen des Zollvereins (ab 1834), zum Teil aber auch im Rahmen des Deutschen Bundes, der aus dem Wiener Kongress hervorgegangen war (1815). Nicht nur durch die mit dem Zollverein geschaffene Zollunion, sondern unter anderem auch mit einer einheitlichen Wechselordnung (1848), den Postvereins- und Telegraphenvereinsverträgen (1850), dem Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch (1861) sowie der Harmonisierung der Münzverhältnisse (1838, 1857) entstanden bis in die 1860er Jahre wichtige institutionelle Grundlagen eines gemeinsamen Marktes (Beitrag Reckendrees).

Die Einigung Deutschlands im 19. Jahrhundert ist häufig vor dem Hintergrund des aus der Analyse internationaler Beziehungen stammenden und vor allem auf die europäische Integration seit 1950 angewandten (neo-)funktionalistischen Ansatz interpretiert worden.<sup>10</sup> Demnach führt steigende wirtschaftliche Verflechtung zwischen Staaten zu einer wachsenden Nachfrage nach internationalen koordinierenden Standards und überstaatlichem Wirtschaftsrecht. Sind erste Integrationschritte erfolgreich, kommt es zu einem Überschwappen (*spillover*) der Integrationsdynamik auf weitere Politikfelder – im deutschen Fall etwa von der Zollpolitik auf das Münzwesen und das Handelsrecht. Die Verdichtung suprastaatlicher Integration auf der institutionellen Ebene leistet einerseits der Entwicklung epistemischer Gemeinschaften von Experten Vorschub, die weitere Integrationschritte planen und begleiten können. In Deutschland sind in diesem Zusammenhang für die mittleren Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts die Zollvereinsbeamten und die Privatrechtsgelehrten hervorzuheben. Andererseits kann die Politisierung von ursprünglich Experten vorbehaltenen Inhalten überstaatlicher Beziehungen dazu führen, dass politische Akteure ihren Handlungsraum vom einzelstaatlichen auf den überstaatlichen – hier: nationalen – Raum verlagern, so dass letzterer sich zu einer neuen, eigenständigen politischen Ebene entwickelt. Die ab den 1840er Jahren einsetzenden Debatten um die Zollpolitik sind ein konkretes Beispiel dafür. Aus einer solchen (neo-) funktionalistischen Sicht wurde die Nationalstaatsbildung vor allem als Folge der im 19. Jahrhundert voranschreitenden Marktintegration gesehen.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Überblicke bei Stone/Sweet (2012); Wolf (2012).

<sup>11</sup> Zur Marktintegration s. den Beitrag von Braun/Hesse, in dem auf die durchaus proble-

Dieser Erklärungsansatz bleibt aber in mehrfacher Hinsicht unvollständig. Zum einen ist eine einfache Kausalität von wirtschaftlichen Faktoren auf politische Faktoren wenig plausibel. Ideelle und intellektuelle Strömungen, (heterogene) kulturelle Kräfte und die Entwicklung der Machtkonstellation seit etwa 1800, nicht zuletzt der preußisch-österreichische Gegensatz, waren weitere wichtige Faktoren.<sup>12</sup> Diese ideellen und politischen Faktoren interagierten untereinander, aber auch mit soziökonomischem Wandel selbst. Zum anderen wird dabei häufig eine Zwangsläufigkeit von Entwicklungen unterstellt, die mögliche Alternativen verdeckt. Eine neuere ökonomische Literatur greift diese Probleme auf und untersucht Prozesse von *nation building* und Identitätswandel mit den Methoden der empirischen Mikroökonomie, die auf der Akteursebene arbeitet.<sup>13</sup> In unserem Kontext lässt sich zeigen, wie die Entwicklungen bis zur Gründung des Nationalstaats 1871 als ein Zusammenspiel strategischer Interessen von Regierungen (v. a. Preußens), der Nationalbewegung als Trägerschicht nationaler Identität und dem Prozess wirtschaftlicher Integration dargestellt werden kann. Dabei erweist sich die schon ältere These von Thomas Nipperdey als fruchtbar, wonach die „Versetzung Preußens an den Rhein (...) zur stärksten Antriebskraft preußischer Machtpolitik“ wurde (Beitrag Kersting/Wolf).

### 3. Vier potenzielle Wirkungskanäle von der Nationalstaatsbildung zur wirtschaftlichen Entwicklung

Ein Großteil der in diesem Sammelband versammelten Studien fragt danach, in welcher Weise die politische Einigung den Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum begünstigt hat. Nicht zuletzt wegen methodischer Schwierigkeiten, die im nächsten Abschnitt erläutert werden, können die Befunde im Detail nicht immer eine Belastbarkeit erreichen, die empirisch erwünscht wäre. Häufig sind wir gezwungen auf der Grundlage von Plausibilitäten zu argumentieren. Zusammenfassend lassen sich jedoch vier potenzielle Wirkungskanäle benennen, über die die Nationalstaatsbildung der wirtschaftlichen Entwicklung wichtige Impulse gegeben hat.

#### *Wirkungskanal 1: Identitätspolitik als Faktor ökonomischer Verhaltensweisen*

Nationalbewegungen sowie die zur Bildung von Nationalstaaten führenden politischen Prozesse stellen zwar in erster Linie einen Gegenstand der politischen

---

matische Evidenz dazu verwiesen wird. Zur Diskussion, ob die deutsche Erfahrung von wirtschaftlicher und politischer Integration im 19. Jhd. auf die europäische Integration übertragbar sei s. Henderson (1981), Dumke (1984), Voth (2001).

<sup>12</sup> Vgl. beispielsweise die politikwissenschaftliche Studie von Ziblatt (2006); eine Übersicht über in der historischen Nationalismusforschung gängige Ansätze bei Kunze (2005); zu den komplexen historischen Vorgängen vgl. die in Anm. 1 genannten Übersichten.

<sup>13</sup> Stellvertretend seien Arbeiten um Alberto Alesina genannt, z. B. Alesina/Spolaore (1997); Alesina et al. (2019).

Geschichte und der Politikwissenschaft dar. Die klassische Nationalismusforschung im Anschluss an Benedict Anderson betont seit den 1980er Jahren die individuell verhaltensprägende Wirkung von Nationsbildungsprozessen, wobei Bildung und Erziehung sowie Medien im Vordergrund standen.<sup>14</sup> Zwar gilt es allgemein als anerkannt, dass die Nationalstaatssymbole des Kaiserreiches – vom Sedan-Tag über die „Bismarcksche Sozialversicherung“ und die Bismarcktürme bis zur „Dicken Bertha“ – eine erhebliche Integrationswirkung entfaltet haben.<sup>15</sup> Allerdings blieb das Deutsche Reich von inneren Spannungen und Konflikten an seinen Rändern geprägt. Die Sprachenpolitik zur Assimilation der polnischen Bevölkerung etwa war allenfalls begrenzt erfolgreich (Beitrag Becker, Cinnirella und Hornung).

Die Konditionierung von ökonomischen Entscheidungen der Haushalte nach Maßgabe nationaler Leitwerte ist aber bislang kaum systematisch untersucht worden. Dass über nationale Identitätspolitik auch Konsumententscheidungen beeinflusst wurden, konnte beispielsweise von Frank Trentman für Großbritannien schon gezeigt werden.<sup>16</sup> Um diesen Wirkungskanal empirisch belastbar zu identifizieren – und das ist das Ziel moderner wirtschaftshistorischer Forschung –, sind weitere Forschungen nötig, wobei durchaus Kreativität gefragt ist. Beispielsweise lässt sich zeigen, dass die Bevölkerung in Gebieten, die in den 1810er Jahren von Preußen absorbiert wurden, vermehrt national und weniger mit der lokalen Tradition oder preußisch konnotierte Vornamen für ihre Kinder wählte. Grenzveränderungen und dadurch ausgelöste Integrationsbemühungen führten bis in den privaten Bereich zur Neuordnung und Synchronisierung der sozialen Identitäten. Es ist zu vermuten, dass auch Verhaltensweisen und Verhaltenserwartungen auf diese Weise synchronisiert wurden, etwa im Einsatz an der Front im Rahmen des Krieges von 1870/71 (Beitrag Kersting/Wolf). Es ist plausibel anzunehmen, dass über diesen Wirkungskanal überregionale Arbeitsteilung erleichtert, Transaktionskosten gesenkt und Wachstumsbeiträge geleistet worden sind.

### *Wirkungskanal 2: Marktintegration*

Im Gefolge der Gründung des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches schlossen Maßnahmen in einer Reihe von Feldern die seit mehreren Jahrzehnten im Gang befindliche institutionelle Integration ab und brachten einen deutschlandweiten Binnenmarkt hervor. Dies – so die These – verringerte die Kosten der Distanzüberwindung und ermöglichte eine Vertiefung der interregionalen Arbeitsteilung. Zwar impliziert dies zunächst nur einen statischen Wohlfahrtsgewinn; doch da eine Vertiefung der Arbeitsteilung auch den Spezialisierungsgrad steigert, begünstigt sie auch die Akkumulation von auf hoch spezifische

<sup>14</sup> Vgl. Anderson (1983).

<sup>15</sup> Vgl. Weichlein (2004).

<sup>16</sup> Vgl. Trentmann (2009).

Tätigkeiten bezogenem Wissen, so dass die Schaffung eines deutschlandweiten Binnenmarkts möglicherweise auch das Tempo des technischen Fortschritts beschleunigt hat.

Wichtige, eine institutionelle Integration bewirkende Vorgänge der späten 1860er und 1870er Jahre beziehen sich zunächst auf die Vereinheitlichung von Standards, die wirtschaftlichen Transaktionen unterliegen, konkret in Gestalt der Einführung metrischer Maße und Gewichte (1868/69)<sup>17</sup> sowie des Abschlusses einer Währungsunion mit der Mark als gemeinsamer Währung (1873; Beitrag Morys). Da die Reichsbank lange Zeit die einzige Bank mit Filialen in allen Landesteilen war, trug die Währungsreform zur Entstehung eines deutschlandweiten Geldmarkts bei. Die einheitliche Regelung der Staatsangehörigkeit, die Niederlassungsfreiheit (1867) sowie eine liberale Gewerbeordnung (1869) schufen zusammengenommen einen einheitlichen Arbeitsmarkt, in vielerlei Hinsicht auch einen einheitlichen Markt für Dienstleistungen und Kapital (Beitrag Ambrosius). Die Harmonisierung des Patentrechts (1877) eröffnete ausländischen Erfindern einen effizienten und weitgehend diskriminierungsfreien Zugang zum deutschen Markt und förderte damit nicht nur den nationalen, sondern auch den internationalen Technologietransfer und den technologischen Wettbewerb (Beitrag Donges/Streb). Bezüglich der für Kommunikation wichtigen Infrastruktur erfolgte beim Postwesen und der Telegraphie (1868) eine organisatorische Vereinheitlichung auf nationaler Ebene, kaum allerdings im Fall der Eisenbahn, wo allerdings immerhin die technische Standardisierung weit fortgeschritten war (Beitrag Braun/Hesse).

Ob nun der vorläufige Abschluss der institutionellen Integration im Zuge der Nationalstaatsbildung auch die Marktintegration und damit die wirtschaftliche Entwicklung beförderte, ist alles andere als klar und bisher (erstaunlicherweise) nicht systematisch untersucht. Die obige Aussage, dass die Vereinheitlichung des Patentrechts die Verbreitung neuer Technologien beschleunigte, ist von den Autoren ausdrücklich als plausible Vermutung formuliert. Das Wachstum der Transportleistung der Eisenbahn, deren Ausbau gemeinhin als zentraler Treiber binnenländischer Marktintegration im 19. Jahrhundert betrachtet wird, verlor gerade nach 1873 an Dynamik, und der Effekt neu gebauter Strecken auf das Städtewachstum war nach dieser Zeit schwächer als in der ersten Phase des Eisenbahnbaus um die Jahrhundertmitte (Beitrag Braun/Hesse). Die einzige das ganze 19. Jahrhundert überspannende Studie zur Marktintegration, die sich allerdings nur auf vier Getreidepreisreihen stützt, findet nach den frühen 1850er Jahren kaum mehr eine weitere Zunahme des Ausmaßes der Marktintegration.<sup>18</sup> Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass die Binnenmärkte für eine Reihe von Gütern noch bis 1913 im Vergleich zu grenzüberschreitenden Märkten und

---

<sup>17</sup> Vgl. Groß (2015); Kramper (2019, S. 375–386).

<sup>18</sup> Vgl. Uebele (2011, S. 234).

im Vergleich zur Zwischenkriegszeit fragmentiert waren.<sup>19</sup> Aus den vielen Einzelbefunden geht damit zunächst deutlich hervor, dass die Reichsgründung keineswegs einen friktionslosen einheitlichen Binnenmarkt geschaffen hatte, der eine Grundlage für den Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum bildete. Die Bedeutung der Marktintegration war für das Wirtschaftswachstum vor 1871 möglicherweise wichtiger als danach. Zugleich nahm die Weltmarktintegration seit den 1890er Jahren deutlich zu und war für den Übergang zum modernen Wachstum wohl bedeutsamer als die Binnenmarktintegration. Als ein Wirkungskanal unter anderen zwischen Wirtschaftswachstum und Nationalstaatsgründung ist die Marktintegration aber unbestritten.

### *Wirkungskanal 3: Staatsverdichtung im Föderalismus*

Der Ausbau der Staatsmacht, insbesondere die Fähigkeit eines Staates, Steuern einzuziehen, Recht und Ordnung durchzusetzen sowie weitere öffentliche Güter anzubieten, wurde in der jüngeren Forschung immer wieder als zentraler Grund für den wirtschaftlichen Erfolg von Nationalstaaten angeführt. Vergleichende Untersuchungen zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen Indikatoren der Staatsmacht und langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung. Die Zentralisierung der Kompetenz zur Steuererhebung sowie die staatliche Ausgabenkontrolle durch Parlamente gelten als hauptsächliche Grundlagen für die Herausbildung effektiver und mächtiger Staaten.<sup>20</sup> Der im langfristigen Vergleich beobachtete positive Zusammenhang zwischen Staatsmacht und langfristigem Wirtschaftswachstum gibt Anlass zur Frage, ob die Nationalstaatsbildung in Deutschland zur Erweiterung von *state capacity* geführt und auf diesem Weg den Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum begünstigt hat.

Nun springen unmittelbar einige Sachverhalte ins Auge, die im Widerspruch mit den Befunden der existierenden Literatur zu *state capacity* stehen. In Deutschland ging die Nationalstaatsbildung mit einer nur begrenzten Zentralisierung des Steuerwesens einher; auch noch am Beginn des 20. Jahrhunderts entfiel der Löwenanteil des Steueraufkommens auf die Gliedstaaten, Kommunalverbände und Kommunen. Die gesamte Steuerquote stieg nur sehr allmählich; eine gewisse Beschleunigung ist allenfalls am Ausgang des 19. Jahrhunderts festzustellen, keineswegs aber im zeitlichen Umfeld der Reichsgründung. Schließlich ist die Frage, ob der Reichstag die Reichsfinanzen kontrollierte, nicht eindeutig zu beantworten – insgesamt bildete das Kaiserreich ein semiparlamentarisches Regime mit eingeschränkter Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung. Richtet man den Blick auf die zentralstaatlichen Finanzen, so stellte folglich die Nationalstaatsbildung keinen Schritt zur Erweiterung der Staatsmacht dar, und es sind auch keine Wachstumsfolgen der Fiskalpolitik zu erkennen. Die föderale

<sup>19</sup> Vgl. Wolf (2009, S. 862–877).

<sup>20</sup> Übersicht Johnson/Koyama (2017); wichtige Einzelstudien unter anderen Dincecco (2015); Dincecco/Katz (2016).

Ausgestaltung der Finanzverfassung stellt den wichtigsten Grund für diesen negativen Befund dar (Beitrag Spoerer).

Möglicherweise erwies sich die föderale Struktur des Kaiserreiches aber gerade als günstig für den Übergang zum modernen Wirtschaftswachstum. Ein föderaler Staatsaufbau trägt zur Erhaltung der Autonomie von Märkten durch die Dezentralisierung des Steuerwesens und teilweise der regulativen Kompetenz sowie der Erhebung und Nutzung von Information bei. Durch die institutionalisierte Selbstbegrenzung der zentralen Staatsorgane entsteht eine glaubwürdige Selbstbindung des Staates, im Sinne des Funktionierens von Märkten effiziente öffentliche Güter zu schaffen und individuelle Verfügungsrechte zu respektieren.<sup>21</sup> Zudem kann ein gewisser Wettbewerb zwischen den föderalen Einheiten zu einer besseren Allokation der Ressourcen beitragen.

Die wirtschaftlichen Implikationen der Gründung eines föderalen Nationalstaates werden im Vergleich mit der Nationalstaatsbildung in Italien besonders augenfällig. In beiden Ländern spielte ein Hegemon – Preußen beziehungsweise Sardinien-Piemont – in den politischen und militärischen Konflikten, die in die Bildung eines Nationalstaats mündeten, eine zentrale Rolle. In Italien lieferte der Hegemon darüber hinaus auch gleich die Blaupause für den darauffolgenden Aufbau nationalstaatlicher Institutionen: In einem mit dem Spitznamen *unificazione a vapore* (Vereinigung mit der Dampfwalze) belegten Hauruck-Verfahren wurden die Verfassung und viele Elemente des Wirtschafts- und Sozialrechts (unter Einschluss der Organisation des Schulwesens) von Sardinien-Piemont auf Gesamtitalien übertragen und auf diesem Weg in kurzer Zeit ein zentralistischer Einheitsstaat aufgebaut. Allerdings war dies ein schwacher Staat: Anhaltender Widerstand im Süden in der Form des *brigantaggio* (Banditenwesen) verhinderte beispielsweise die Durchsetzung von Recht und Ordnung im ganzen Territorium (Beitrag Federico). Trotz eines sehr viel stärkeren demographischen und wirtschaftlichen Gewichts des Hegemons wurden demgegenüber in Deutschland ab den späten 1860er Jahren in einem eigenständigen politischen Prozess neue nationalstaatliche Institutionen in einem föderalen Staatsaufbau geschaffen, und Preußen war zwar der dominante, aber keineswegs einzige Akteur in diesem Prozess.

Der unterschiedliche Staatsaufbau der beiden Länder lässt sich unter Rekurs auf das allgemeine Argument erklären, dass föderale Lösungen auf der Existenz dezentraler Einheiten basieren, die selber glaubhaft sowie einigermaßen effektiv staatliche Leistungen erbringen, gut in der jeweiligen regionalen Gesellschaft verankert sind und deshalb ernstzunehmende Verhandlungspartner in übergeordneten – d. h. bundesstaatlichen – Politikprozessen bilden.<sup>22</sup> In Italien war Sardinien-Piemont nach 1848 der einzige Staat mit einem konstitutionellen

<sup>21</sup> Aus einer breiten, oft auf Hayek zurückgehenden Literatur Weingast (1995); Qian/Weingast (1997).

<sup>22</sup> So das Argument von Ziblatt (2006, Kap. 1).

Regime, und die nationale Einigung besiegelte gleichzeitig den Untergang der patrimonialen Herrschaftsgebilde in anderen Teilen der Halbinsel. In Deutschland dagegen erfolgten politische und institutionelle Reformen seit dem frühen 19. Jahrhundert als dezentraler Prozess: Nicht nur Preußen, sondern auch die Rheinbundstaaten machten zur Zeit der Napoleonischen Kriege eine Reformära durch, und die Revolutionen von 1830 und 1848 brachten in den deutschen Mittelstaaten zum Teil stärkere Veränderungen hervor als in Preußen, dessen Monarchie fortan unter noch stärkerem Rechtfertigungsdruck stand.<sup>23</sup> Auch im Wirtschaftsrecht entwickelten sich dadurch unterschiedliche Ansätze – in diesem Band etwa aufgezeigt anhand des Schutzes des geistigen Eigentums (Beitrag Donges/Streb). Angesichts der Persistenz der Gliedstaaten über die Einigungskriege hinweg erforderte die Entwicklung nationaler wirtschaftlicher (und anderer) Institutionen den Aufbau neuer, oberhalb der Gliedstaaten angeordneter Politikprozesse.

Nun war die Ausgestaltung der Staatsmacht der Gliedstaaten des Deutschen Reichs keineswegs statisch. Vielmehr macht es den Anschein, dass die Bildung eines föderalen Nationalstaates von den 1860er zu den 1880er Jahren nur ein Element einer auf mehreren gebietskörperschaftlichen Ebenen beobachtbaren Staatsverdichtung bildete. Gegen Ende dieses Zeitraums begannen städtische Gemeinden, am Konzept der Daseinsvorsorge ausgerichtete öffentliche Dienstleistungen unter anderen in den Bereichen der Versorgung mit Energie und Wasser sowie Verkehr anzubieten. In den 1870er Jahren gaben mehrere Gliedstaaten den Straßenbau, der noch um die Jahrhundertmitte meistens einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben, soweit sie nicht dem Selbsterhalt des Staats dienten (Verwaltung, Hofrente, Schuldendienst, Militär), auf sich gezogen hatte und bis zum Einsetzen des Eisenbahnbaus ein zentrales Element der Infrastrukturentwicklung darstellte, an die unteren Gebietskörperschaften (Kommunen und Kommunalverbände) ab. Es erfolgte somit eine Staatsverdichtung auf der lokalen und regionalen Ebene.<sup>24</sup> Es mag eine Stärke des deutschen Fiskalregimes gewesen sein, dass die Kommunen erheblich höhere fiskalische Autonomie hatten als in den meisten anderen entstehenden Industriestaaten (Beitrag Spoerer).

Die Gliedstaaten gaben aber nicht nur Befugnisse ans Reich und an die Kommunen ab, sondern weiteten ihr Engagement für andere Aufgaben aus. Neben der Verstaatlichung von Eisenbahnen ist besonders für Preußen die verstärkte staatliche Durchdringung des Bildungswesens hervorzuheben (Beitrag Becker, Cinnirella und Hornung). Im Zusammenhang mit dem Kulturkampf

---

<sup>23</sup> Übersichten Fehrenbach (2007); Nipperdey (1983, Kap. I und III).

<sup>24</sup> Zur Vermehrung kommunaler Betriebe vgl. den Beitrag von Ambrosius in diesem Band. Zum Straßenbau Borchard (1968, S. 200–205, 214 f., 260–278); Müller (2000, S. 272–277). Zur im Folgenden angesprochenen Verstaatlichung der Eisenbahnen vgl. den Beitrag von Braun/Hesse in diesem Band.